

# Kommunale (Kriminal-) Prävention

## Eine Gratwanderung zwischen Labeling und notwendigem Erziehungsangebot

Von Melanie Wegel und Günther Bubenitschek

Die Kommunale Kriminalprävention ist aus kriminologischer Sicht gegenwärtig eine gesellschaftliche Anforderung und Notwendigkeit. Kritiker der Kriminalprävention hingegen vertreten die Ansicht, dass vor allem die Primärprävention einer Stigmatisierung gleichkommt, deren Effekte kaum nachweisbar seien. Im vorliegenden Aufsatz soll einerseits die Verortung und das Aufgabenfeld der Kommunalen Kriminalprävention beschrieben und weiter belegt werden, dass es sich insbesondere bei der Primärprävention um eine Aufgabe handelt, welche die gesamte Gesellschaft betrifft und deren Effekte nicht nur direkt messbar sind, sondern sich nachhaltig auf Phänomene wie die Kriminalitätsfurcht und das Sicherheitsgefühl auswirken.

### 1. Einführung

Prävention, insbesondere die Kriminalprävention, findet sich heutzutage nahezu in allen Lebensbereichen, angefangen von der Verkehrserziehung über die Gewalt- und Drogenprävention bis hin zu Selbstverteidigungskursen, Empathietrainings oder die Schulungen im Umgang mit den neuen Medien. Zur Gesamtheit aller Bemühungen in der Präventionsarbeit gehört nicht nur die Einwirkung auf die Allgemeinheit und potenzielle Straftäter<sup>1</sup>, sondern auch die Vermeidung der Opferwerdung, worunter auch in einem weite-

ren Sinn die Förderung der gesellschaftlichen Zivilcourage zu sehen ist. Vereinzelt wird daher diskutiert, ob die Kommunen und bei der Kommunalen Kriminalprävention insbesondere die Polizei nicht in grundlegende familiäre Aufgabenfelder eingreifen, indem hier zunehmend erzieherisch interagiert wird. Es stellt sich somit die Frage, inwiefern die Familie als Institution heutzutage ihre Mitglieder in ausreichendem Maße auf die Gefahren und auch die Anforderungen des Lebens vorbereiten kann und wo es sinnvoll erscheint, dass diese Aufgaben, in Form von Präventionsangeboten, bspw. im Rahmen

des Schulalltags ergänzt werden. Prävention erhebt nicht den Anspruch den Erziehungsauftrag der Familien aus diesen heraus zu verlagern, vielmehr soll sie als ein Hilfsangebot verstanden werden, um Opferwerdung zu vermeiden, Resilienz zu stärken und Zivilcourage zu fördern.

**Prävention erhebt nicht den Anspruch, den Erziehungsauftrag aus den Familien heraus zu verlagern**

Die Gesellschaft und speziell die Institution „Familie“ sind, vor allem seit dem Zeitpunkt der Industrialisierung, einem ständigen Wandel insbesondere der familialen Lebensformen unterworfen. Die gängige Meinung der Großelterngeneration sowie der Bevölkerungsgruppen mit traditionellen Gesellschaftsbildern lautet, dass junge Menschen keinerlei Werte haben, immer krimineller werden und Defizite in den Umgangsformen aufweisen. Gleichzeitig findet eine Zuschreibung dieser Attribute an tiefere Einkommens- und Bildungsschichten statt, wobei gerne der Migrantensstatus betont wird.

In den Medien dominieren ebenfalls Schlagzeilen, die propagieren, dass Straftäter immer jünger und immer brutaler werden. Bei der Suche nach den Ursachen von Kriminalität besteht in der kriminologischen Forschung Konsens darüber, dass zentrale Faktoren für delinquentes Verhalten die sozialen und emotionalen Ressourcen in der Familie darstellen.<sup>2</sup> Grundsätzlich gilt, je mehr Risikofaktoren wie „geringes Einkommen, mangelnde Aufsicht, punitive Erziehungsstile, hohe Kinderzahl, beengte Wohnverhältnisse“, für eine Familie zutreffen, umso höher wird die „Wahrscheinlichkeit“ delinquenten Verhaltens. Es handelt sich bei diesen An-



*Dr. Melanie Wegel M.A., Kriminologin, Soziologin und Erziehungswissenschaftlerin, Universitäten Tübingen und Zürich.*



*Günther Bubenitschek, Erster Kriminalhauptkommissar, Leiter Prävention, Polizeidirektion Heidelberg, Geschäftsführer Prävention Rhein-Neckar e.V.*

nahmen jedoch im statistischen Sinn nicht um eine Korrelation, sondern um eine Regression, also um einen sog. je mehr ... desto ... Zusammenhang. Statistisch belegt ist zudem die Tatsache, dass die Scheidungsquote steigt, verstärkt Patchwork- und Stieffamilien nebeneinander existieren und die Betreuung der Kinder außer Haus immer früher beginnt bzw. länger dauert, sofern man die Zunahme der Ganztageschulen berücksichtigt.

Eine Vielzahl von Eltern muss sich somit mit erschwerten Bedingungen arrangieren, was die Vereinbarkeit von Beruf, die materielle Versorgung der Familie und die Erziehungspflichten angeht. Verstärkt trifft dies bei alternativen Familienformen zu, insbesondere im Vergleich mit strukturell vollständigen Familien, die finanziell gesicherter sind und innerfamiliär meist über bessere zeitliche Ressourcen verfügen. Gleichzeitig hat sich auch durch den Ausbau von Ganztageschulen das Aufgabengebiet der Schulen und der Gesellschaft geändert. Dadurch, dass Kinder und Jugendliche mehr Zeit an den Bildungseinrichtungen verbringen, sind diese auch dort gesellschaftlichen Anforderungen – über das schulische Lernen hinaus – ausgesetzt. Angefangen bei Streit zwischen den Klassenkameraden, Mobbing, Sachbeschädigungen und Schlägereien, müssen Kinder und Jugendliche lernen, wie sie sich in entsprechenden Situationen verhalten, die so in der Familie gegebenenfalls nicht auftreten. Da die Zeit des Unterrichts jedoch stark begrenzt ist und die Schüler für viele Jahre eine Gemeinschaft bilden, die möglichst konfliktfrei funktionieren sollte, um auch bestmögliche Rahmenbedingungen für das Lernen zu bieten, wird die Auseinandersetzung mit sozialen Konflikten in den meisten Schulen heute durch die Schulsozialarbeit abgedeckt, die zum einen Einzelfall orientiert arbeitet, aber auch die Gemeinschaft der Schüler fokussiert, indem soziale Lerneinheiten für mehr Empathie und ein konfliktfreies Miteinander angeboten werden.

### **Soziale Konflikte in den Schulen werden heute durch Schulsozialarbeit abgedeckt**

Weiter lässt sich hier die Kommunale (Kriminal-) Prävention ansiedeln, die Unterstützung bei der Prävention anbietet und auch zentral Akteure vernetzt. Insbesondere sind hierbei Angebote Externer zu nennen, beispielsweise in der Gewalt- und

Suchtprävention sowie der Vermittlung von Medienkompetenz. Einerseits sind diese Angebote sehr bereichernd, da sie auch von externen Projektpartnern umgesetzt werden, andererseits besteht die Gefahr, dass sie innerhalb der Schule als etwas Zusätzliches empfunden und nicht immer in den Schulalltag auf Dauer integriert werden. Will dieser Ansatz erfolgreich sein, so ist es unabdingbar, dass zwischen den Projektpartnern ein regelmäßiger vertrauensvoller Austausch gegeben ist und dieses Projektangebot, in den Schulalltag eingebunden, Teil der Schulentwicklung ist. Unverzichtbar ist auch, dass diese Konzepte die Verhinderung von Opferwerdungen und die Förderung der Zivilcourage besonders im Blick haben.

### **Bei neuen Präventionsprojekten Gelder für Begleitevaluation einplanen**

Eine wissenschaftliche Begleitforschung ist bei der Überprüfung der Zielerreichung wichtig. So ist es in einigen Ländern Europas, bspw. in Großbritannien und zunehmend auch in der Schweiz, bereits gängige Praxis, dass bei der Implementierung eines neuen Präventionsprojektes Gelder für eine Begleitevaluation eingeplant werden, um eine Grundlage dafür zu haben, Projekte auf die örtlichen Gegebenheiten und kulturellen wie gesellschaftlichen Besonderheiten abzustimmen und ggf. zu modifizieren. Ferner entspräche es dem „Gießkannenprinzip“, Projekte anzubieten, ohne deren Wirkung zu messen und somit auch gegenüber den Unterstützern der Projekte die Legitimität und den Bedarf zu rechtfertigen. Es empfiehlt sich hier bei der Vielzahl an Projekten nicht nur solche auszuwählen, die zur Problemstellung passen und über die bereits Erfahrungswerte existieren, sondern zudem bei den Projektentwicklern einen adäquaten Ansprechpartner zu haben, der bei der Umsetzung der Projekte kontaktierbar ist. Bestenfalls bieten die Projektentwickler selbst Workshops an und unterstützen die Praktiker bei der Implementierung. Dies sollte im Sinne von Mindestqualitätsstandards obligatorisch sein, auch vor dem Hintergrund, dass Präventionsprojekte existieren, die zwar plausibel klingen, deren Wirksamkeit jedoch nie überprüft wurde und gegebenenfalls auf die speziellen örtlichen Gegebenheiten nicht passen und somit auch nicht adäquat umzusetzen sind.

Um zu gewährleisten, dass ein Projekt auch die entsprechende Wirkung zeigt,

bzw. von den Akteuren angenommen wird, sollte vor allem die Phase der Implementierung wissenschaftlich begleitet werden, um eventuell Modifikationen oder Anpassungen vorzunehmen. Die Wirkungsforschung kommt diesbezüglich zu dem Beleg, dass Prävention vor allem dann wirksam ist, wenn diese frühzeitig und kontinuierlich umgesetzt wird, also beispielsweise Projekte an Schulen mit Inhalten des Schulcurriculums in einer Verbindung stehen, bzw. dort fest verankert sind. Dies bedeutet nicht, dass einmalige Angebote, wie bspw. Theaterstücke oder aber Projektstage, wirkungslos sein müssen. Diese können einen zusätzlichen Impuls zu bestimmten Themenbereichen liefern, sofern diese gemeinsam mit Pädagogen, Schülern oder auch Eltern vor- und auch nachbereitet werden.

Die Kritiker der gängigen Präventionsangebote halten dem Präventionsgedanken grundsätzlich entgegen, dass die Kriminalitätsrate bei Kindern und Jugendlichen im Hellfeld als auch im Dunkelfeld seit langem rückläufig ist, insbesondere was die schweren Straftaten wie Gewaltkriminalität und Körperverletzung angeht.<sup>3</sup> Tatsächlich wird dies durch das Hellfeld, namentlich die Polizeiliche Kriminalstatistik, belegt, jedoch lohnt es sich, diese Angaben genauer zu betrachten. So sind die Zuwächse bei den absoluten Zahlen der registrierten Tatverdächtigen in den letzten Jahren nicht mehr in der Gruppe der Kinder- und Jugendlichen zu verzeichnen, sondern in der Gruppe der 18- bis unter 25-Jährigen. Hierbei muss allerdings die demographische Verschiebung in der Altersstruktur berücksichtigt werden.<sup>4</sup> Aufgrund dieser Verschiebung stellen absolute Tatverdächtigenzahlen keine Möglichkeit dar, um ein Bild des Kriminalitätsaufkommens widerzugeben. Dies kann vielmehr nur durch die Tatverdächtigenbelastungsziffern geschehen, die sich auf jeweils 100 000 Einwohner der vergleichbaren Bevölkerungsgruppe beziehen.

### **Wirkt Kommunale Kriminalprävention stigmatisierend?**

In der gegenwärtigen kriminalpolitischen Diskussion gibt es verstärkt Stimmen, die den Akteuren der Kriminalprävention in Schule, Kommune und Politik unterstellen, dass die Primärprävention<sup>5</sup> und insbesondere die Kommunale Kriminalprävention einer Vorverurteilung von Kindern und Jugendlichen „... in ihrer Behandlung

als Täter und nicht in Form des Jugendschutzes ...“ gleichkommt.<sup>6</sup> Es stellt sich somit die Frage, inwieweit Primärprävention, respektive die Kommunale Kriminalprävention, tatsächlich stigmatisierend wirkt oder ob diese, messbar wirksame gesamtgesellschaftliche Aufgaben erfüllt, die traditionell den familiären Pflichten zugeordnet waren und im Zuge einer zunehmenden Auslagerung familiärer Pflichten nicht gar eine gesamtgesellschaftliche Notwendigkeit darstellen.

Das primäre Ziel der Kommunalen Kriminalprävention wird vor allem dann erreicht, wenn diese zu einem Abbau der Kriminalitätsfurcht führt und damit eine Erhöhung der Sozialkompetenz sowie Kenntnisse über die Vermeidung der Opferwerdung verbindet. Dies ist besonders dann zu erwarten, wenn die initiierten Maßnahmen theoretisch fundiert und empirisch unterstützt umgesetzt werden, wie dies bspw. im Rhein-Neckar Raum geschieht.

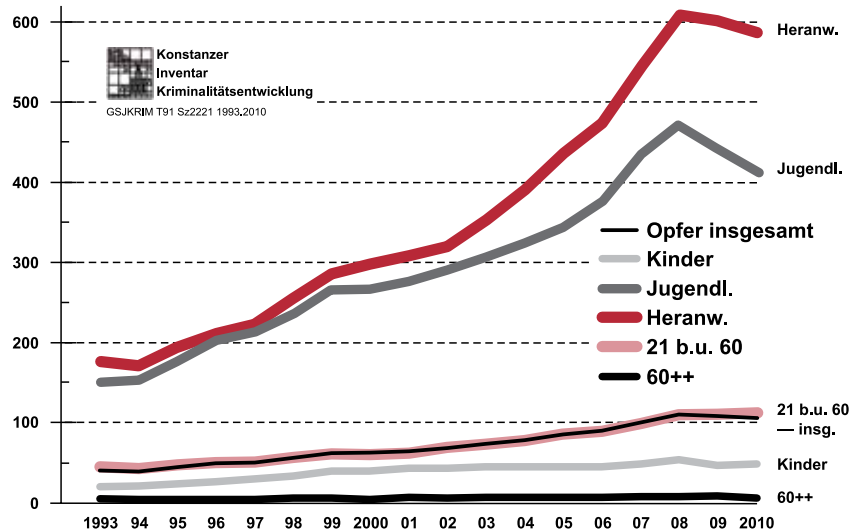
## 2. Jugendkriminalität im Hellfeld

Wie bereits eingangs erwähnt ist das Kriminalitätsaufkommen, über einen Gesamtindex aller Straftaten hinweg betrachtet, im Verlauf der letzten Jahre zurückgegangen. Faktisch bleibt der Befund unverändert, dass die Tatverdächtigen unter 25 Jahren, gemessen an deren Anteil an der Gesamtbevölkerung, stark überrepräsentiert bleiben. Kritiker der Kommunalen Kriminalprävention fokussieren primär den Zusammenhang des Phänomens Kriminalitätsfurcht mit Befunden aus der Polizeilichen Kriminalstatistik – PKS.<sup>7</sup> Tatsächlich muss das Phänomen der Kriminalitätsfurcht als subjektives Sicherheitsempfinden einzelner Gesellschaftsmitglieder betrachtet werden,

**Trotz rückläufigem Kriminalitätsaufkommen sind unter 25-jährige Täter überrepräsentiert**

bei denen die Medienberichterstattung über Ordnungsstörungen und Örtlichkeiten, die Ängste auslösen, eine zentrale Rolle spielen und daher mit dem realen Kriminalitätsaufkommen an diesen Örtlichkeiten oft in keinem Zusammenhang stehen.<sup>8</sup> Diese sogenannten Incivilities können nicht nur als akute Gefahrenlage verstanden werden, sondern beinhalten vielmehr, gemäß dem Broken-windows Ansatz<sup>9</sup>, Aspekte wie Vandalismus, Verunreinigungen, oder Ansammlung von

**Entwicklung der Opferbelastung „Gefährl. u. schwere KV auf öff. Straßen und Plätzen“ SZ 2221 Opfergefährdungszahlen je 100 000 der entspr. Wohnbevölkerung (Opfer insg., auch Versuch)**  
 Datenquelle: PKS Tabelle 91; Bundesgebiet



**Abbildung: Die Entwicklung der Opferbelastungszahlen (Gerhard Spiess, Universität Konstanz).**

bestimmten Personengruppen. Dennoch ist dieses subjektive Empfinden einer von mehreren Faktoren, die verantwortlich zeichnen, wie die Gesellschaft kommuniziert und interagiert.

Trotz der sicherlich zum Teil berechtigten Kritik an der Polizeilichen Kriminalstatistik, die maßgeblich von äußeren Faktoren wie dem Anzeigeverhalten, der Polizeidichte sowie dem polizeilichen Kontrollverhalten abhängt, was wiederum in einem reziproken Zusammenhang mit gesellschaftlichen Grundstimmungen und der Medienberichterstattung steht, ist diese doch weitaus mehr als nur ein Arbeitsnachweis der Polizei. Seit dem Bestehen der PKS haben einige Befunde durchweg Gültigkeit. Kriminalität ist primär ein männliches Phänomen, wobei junge Menschen mit Migrationshintergrund, bezogen auf ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung überrepräsentiert sind. Gemäß Schreiber<sup>10</sup> leistet die PKS somit tatsächlich kein Abbild der realen Kriminalität, da die Verurteilten-Statistiken weit geringere Zahlen widerspiegeln<sup>11</sup>. Dem bleibt entgegen zu halten, dass bei einer Berücksichtigung des Dunkelfeldes das reale Kriminalitätsaufkommen tatsächlich noch weitaus höher ist, als dies in der PKS verzeichnet ist. Delikte im familiären Nahraum oder auch Sexualdelikte sind traditionell im Dunkelfeld weitaus mehr verbreitet, verglichen mit deren Aufkommen in der PKS. Bei den Kapitaldelikten hingegen decken sich die Messungen von Hell- und Dunkelfeld seit langem sehr genau, da jeder, der Opfer eines Gewaltdelikt oder

eines Raubes wurde, in der Regel Anzeige erstatten muss, um von einer Versicherung ggf. eine Entschädigung zu erhalten, um vor Gericht eine Wiedergutmachung einzuklagen oder aber Ansprüche nach dem Opferentschädigungsgesetz geltend zu machen. Der Rückgang bei den Jugendlichen, insbesondere im Bereich der Gewaltkriminalität, könnte auch auf den Befund zurückzuführen sein, dass vor allem im Jugendbereich ein Täter-Opfer-Statuswechsel zu beobachten ist.<sup>12</sup> Dies bedeutet, die Wahrscheinlichkeit, z. B. als

**Junge Menschen nicht nur Täter, sondern Opfer von Gleichaltrigen**

Mann über vierzig Jahren Opfer einer Körperverletzung durch einen Jugendlichen zu werden, ist entsprechend gering, da Täter und Opfer in diesem Deliktsbereich häufig in einer sozialen Verbindung zueinander stehen. Junge Menschen sind in diesem Bereich nicht nur Täter, sondern eben auch sehr häufig Opfer – Opfer von Gleichaltrigen. Die Prävalenzrate ist gering. Das wird durch die PKS belegt. Auch subjektiv betrachtet kommen die Ängste vor Opferwerdung in erster Linie vom Hörensagen, beruhen auf Vorurteilen, Stereotypen und sind nicht real begründet.<sup>13</sup>

Aus dem Befund, dass die PKS kein genaues Abbild des realen Kriminalitätsaufkommens erstellt, folgert Schreiber<sup>14</sup>, dass Kriminalität als gesamtes Phänomen schlicht nicht messbar sei. Dieser Annahme muss entschieden widersprochen

werden, da die Zahlen der PKS nicht nur oberflächlich konsumiert werden, sondern vielmehr anhand fundierter kriminologischer Sachkenntnis entsprechend gedeutet werden können und müssen. Somit besteht die Möglichkeit, Präventionsangebote zielgerichtet anzuwenden und umzusetzen, wofür das Heidelberger Audit Konzept zur urbanen Sicherheit – HAKUS, welches im Folgenden noch ausgeführt wird, beispielhaft steht. Auch hieraus folgt, dass der Erfolg von Präventionsprojekten, entgegen den Meinungen der Kritiker, durchaus messbar ist.<sup>15</sup>

### **Erfolg von Präventionsprojekten messbar**

Bei einer genaueren Betrachtung der PKS müssen einige Aspekte berücksichtigt werden, um die Zahlen entsprechend in der Prävention und der Politik umsetzen zu können. Der überwiegende Anteil aller Tatverdächtigen, vor allem in der Altersgruppe der unter 21-jährigen kann als sogenannte Einmaltäter betrachtet werden, wobei ein weiterer kleiner Anteil der jungen Tatverdächtigen für eine Vielzahl von Straftaten verantwortlich zeichnet. In den Justizvollzugsanstalten sind letztlich verstärkt jüngere Männer, häufig mit Migrationshintergrund und geringer Bildung, zu finden. Die tatsächlich zu verzeichnenden Anstiege im Bereich der Kinder- und Jugenddelinquenz (siehe Abbildung) könnten auf eine veränderte Kontrollintensität oder aber eine erhöhte Anzeigebereitschaft zurückzuführen sein. Besorgniserregend scheint vielmehr die Gruppe der bis 25-jährigen.

Tieferegehende multivariate Auswertungen der PKS-Daten des „Konstanzer Inventars Kriminalitätsentwicklung“, im Rahmen derer die Rohdaten der PKS seit über einem Jahrzehnt ausgewertet werden, führen zu folgenden ausgewählten Befunden:<sup>16</sup>

Die linksschiefe Verteilung der altersabhängigen Tatverdächtigenbelastungsziffern, rechtfertigt keine pauschale Verurteilung der Kinder- und Jugendlichen als „gefährlich“, da sich die Delikte häufig im Bagatellbereich mit geringem Schaden abspielen. Dennoch muss berücksichtigt werden, dass die Auffälligkeit ab dem 18. oder 21. Lebensjahr keineswegs endet, sondern nach dem 21. Lebensjahr doppelt so viele Registrierungen wie vor dem 21. Lebensjahr stattfinden. Dieser Befund wird durch die Desistance<sup>17</sup> und auch die Rückfallforschung gestützt, wonach der

Abbruch einer kriminellen Karriere nach mehrmaligen Sanktionen und insbesondere einer Inhaftierung immer schwieriger wird.<sup>18</sup> Besorgniserregend erscheint jedoch die Form der Gewaltdelinquenz junger Menschen, namentlich der Straßekriminalität, der Sexual-, Rohheits- und Raubdelikte, die sich zunehmend innerhalb derselben Altersgruppe abspielt. Mit Blick auf die Opfergefährdung bleibt noch festzuhalten, dass diese in dem Sinne bedrohlich erscheint, als eine Gefährdung junger Menschen durch Ältere festzustellen ist.

Hieraus folgert Spiess:<sup>19</sup> ... *vielmehr ist die Polizei auf dem richtigen Wege, wenn sie, wie dies zunehmend geschieht, der Opfergefährdung junger Menschen mehr Aufmerksamkeit schenkt und junge Menschen nicht einseitig als potentielle Täter, sondern als Zielgruppe für Prävention sieht und anspricht. Die Tatsache, dass junge Menschen nicht nur als Tatverdächtige, sondern auch als Opfer überdurchschnittlich belastet sind ... sprechen dafür, dass Jugendliche durch präventionsorientierte Aktivitäten erreicht werden können.*

### **Opfergefährdung junger Menschen mehr Aufmerksamkeit schenken**

Spiess spricht somit ein zentrales Aufgabenfeld der Kommunalen Kriminalprävention an, welches sich explizit auf die Vermeidung von und den Umgang mit Gefahrensituationen bezieht und auch die sozialen Kompetenzen im Vorfeld einer Täter- Opferwerdung steigern soll.

### **3. Funktionswandel von Familien und Verlagerung familiärer Aufgaben**

Artikel 6 des Grundgesetzes beinhaltet folgenden Abschnitt: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“ Der überwiegende Teil aller Eltern nimmt dieses Recht nicht nur wahr, sondern kommt auch seiner Pflicht nach. Dennoch steht die Art und Weise wie Kinder und Jugendliche sich entwickeln stark mit den Inhalten elterlicher Erziehung in Zusammenhang. Durch die Veränderung der familialen Lebensformen und insbesondere durch den Umstand, dass immer mehr Eltern immer weniger Zeit mit ihren Kindern verbringen, sofern diese verstärkt in Kleinkindbetreuungen gegeben werden

oder die Ganztageschule besuchen, werden somit Erziehungsaufgaben an die Bildungseinrichtungen delegiert.

### **Erziehungsaufgaben werden zunehmend auf Bildungseinrichtungen delegiert**

Auch wenn Kinder und Jugendliche heute einen Großteil ihrer Zeit an der Schule verbringen, so ist der Erziehungsauftrag ohne Frage strittiger als der Unterrichtsauftrag der Schule, wobei auch der Erziehungsauftrag im Schulgesetz verankert ist. Dennoch dürfte ein Minimalkonsens darüber bestehen, dass Erziehungsziele wie Toleranz, Urteilsfähigkeit und demokratische Einstellungen bereits Bestandteile schulischer Fächer wie zum Beispiel Geografie, Gemeinschaftskunde und Religion oder Ethik darstellen.<sup>20</sup> Im schulischen Kontext, vor allem während der Unterrichtszeiten, fehlt jedoch häufig die Zeit und auch die Fertigkeit von Pädagogen und Schülern diese Fähigkeiten selbstreflexiv einzusetzen, weshalb es an den allermeisten Schulen in Deutschland eine gängige Praxis ist, zudem meist vertort im Leitbild der Schule, Projekttag und -wochen zu sozialen Themen anzubieten, die auch darauf zielen, die Handlungskompetenz von Schülern zu stärken und die im weiteren Sinne unter dem Fokus der Primärprävention zusammengefasst werden können.

### **4. Kommunale Kriminalprävention**

Kommunale Kriminalprävention versteht sich als Ansatz, der in Bezug auf Kriminalität nicht nur durch repressive Konzepte reagiert, sondern der vor Ort ein Umfeld schaffen möchte, das sich an den Entstehungsbedingungen orientiert. Diese Bedingungen positiv zu gestalten, quasi den Nährboden für Kriminalität zu entziehen, ist deren ursprünglicher Gedanke. Gerade in den 1990er Jahren waren, vor dem Hintergrund immer weiter steigender Kriminalität und insbesondere der Jugendkriminalität, intelligente Konzepte gefragt, die das gesamte Gemeinwesen mit Veränderungen zu erreichen versuchen.

In Baden-Württemberg wurde dieser vernetzte Präventionsgedanke, den Beispielen aus den nördlichen Bundesländern folgend, 1996 ausformuliert und landesweit zur Umsetzung empfohlen. Dabei wurde besonderer Wert auf flexible Lösungen vor Ort gelegt und es gab keine vorgegebenen starren Strukturen. Voraus-

gegangen war ein Erlass des Innenministeriums zwei Jahre zuvor, der die modellhafte Erprobung – inklusive durchgeführter Bürgerbefragungen – regelte.

Der Erkenntnis folgend, dass die ganz überwiegende Anzahl der Straftaten von Tätern an ihrem Wohnort oder im Landkreis begangen werden, war die Notwendigkeit gegeben, möglichst alle Akteure eines Gemeinwesens in die Präventionsarbeit einzubinden. An der Spitze, so der Gedanke, muss der Bürgermeister stehen, da er im Rahmen der Daseinsfürsorge die Möglichkeit hat, gestalterisch zu wirken. Dies garantiert die kommunale Selbstverwaltung. Der Polizei fiel die Rolle zu, voran zu gehen, der Motor zu sein, Handlungsfelder und –bedarf aufzuzeigen. Nach und nach gründeten sich Gremien auf örtlicher Ebene heraus, meist unter Leitung des Oberbürgermeisters und unter Einbeziehung von Schlüsselämtern (z. B. öffentliche Ordnung, Jugend, Stadtentwicklung, Gleichstellung), der Polizei und Externen (z. B. Wissenschaft, Schulamt).

#### **Alle Akteure eines Gemeinwesens in Präventionsarbeit einbinden**

Die Folgezeit war gekennzeichnet durch eine Aufbruchsstimmung. Mitunter kam es aber auch zu Missverständnissen, die zum Teil bis heute nachwirken. So hatten einige Bürgermeister Angst vor einer Kriminalitätszuschreibung. Schließlich könnte der Wortbestandteil „Kriminal“ missverstanden werden. Zudem wurden Aufgabenverschiebungen ohne Finanzausgleich befürchtet. Und auch die Dimensionen der Kriminalprävention, insbesondere der primären Prävention, die an der Veränderung gesellschaftlicher Faktoren im Bereich der Sozialisation festmacht, wurden nicht immer so klar gesehen. Die Idee der Kommunalen Kriminalprävention wird gerade im Bereich der Primärprävention mitunter als stigmatisierend kritisiert. Diese Kritik lässt außer Acht, dass das Ziel der Präventionsarbeit nicht nur die Verhinderung von Täterwerbungen ist, sondern dass es in erster Linie darum geht, potenzielle Opfer zu stärken, Opferwerbungen zu verhindern und die Zivilcourage zu befördern, sich auch an die sogenannten Bystander richtet.

Gerne wird die Polizei als Teil der Strafverfolgungsbehörden gesehen. Das ist sie ganz ohne Zweifel, aber sie ist in allererster Linie für die Gefahrenabwehr zuständig, übt also Schutzfunktionen

für die Gesellschaft aus. Die Grundlegenden kriminalpräventiver Arbeit auf kommunaler Ebene bilden traditionell das Kriminalitätslagebild – meist gestützt auf die Polizeiliche Kriminalstatistik, die Erkenntnisse über Ordnungstörungen (Schmutz, Müll, Lärm...) sowie die Erkenntnisse aus Bürgerbefragungen zur subjektiven Sicherheitslage, namentlich der Kriminalitätsfurcht. Die Finanzierung der konkreten Präventionsarbeit vor Ort war meist ungeklärt. Zusätzliche Geldmittel waren nicht vorgesehen. Die Beteiligten mussten die Umsetzung mit „Bordmitteln“ stemmen. Zur Unterstützung wurde von ministerieller Seite die Gründung von Fördervereinen empfohlen.

#### **5. Zielgruppen von Kriminalprävention**

Kriminalprävention richtet sich an die gesamte Bevölkerung – vom Kindergartenkind bis zum Senior. Aber auch die Einbindung der Wirtschaft im Rahmen des Corporate Citizenship ist sinnvoll. So können direkte Projektförderungen genauso realisiert werden, wie die Nutzung bestehender Konzepte für die Firmen. Erfolgversprechende Projektideen können bereits an der Bereitstellung von zusätzlichen – auch geringen – Finanzmitteln scheitern, selbst wenn alle Partner ihre Ressourcen mit in die Arbeit einbringen. Als Antwort auf die Frage, wie es gelingen kann, das Thema der Bevölkerung näher zu bringen und eine Beteiligung zu ermöglichen, wurden beispielsweise 1998 und 1999 in der Rhein-Neckar-Region zwei eingetragene und gemeinnützige Vereine für den Rhein-Neckar-Kreis und die Stadt Heidelberg gegründet<sup>21</sup>. Sie unterstützen die Präventionsarbeit finanziell und ideell, soweit dies die staatlichen und kommunalen Möglichkeiten übersteigt. Den Präventionsvereinen ist immer stärker die Rolle zugefallen, Projektträgerschaften für Einzelprojekte zu übernehmen, und Anlaufstelle für alle Partner im Netzwerk zu sein.

#### **Vereine zur finanziellen und ideellen Unterstützung der Präventionsarbeit gegründet**

Den Anfang der Projektarbeit im Rhein-Neckar Raum bildete in den Jahren 1998/99 ein Pilotprojekt mit dem Titel „gewaltfreie Klasse“. Ziel dieses Pilotprojektes war es, Impulse zu erhalten, die eine Ausrichtung der künftigen Projekt-

arbeit festlegen sollten. So wurde, auch um Erfahrungen in der Netzwerkarbeit zu sammeln, eine Schulklasse der 8. Klassenstufe, in der sich Problemverhalten gehäuft beobachten ließ, über den Verlauf eines Jahres intensiv pädagogisch betreut, wobei vor allem gemeinsame Unternehmungen, Erlebnispädagogik sowie Gruppengespräche und gemeinsame Reflexionen zu beispielhaften Situationen zentral waren. Die Schüler erlebten sich dabei als wichtige Mitglieder der Gemeinschaft, ihre Stärken wurden gefördert. Es konnten unterschiedlichste Präventionsstrategien getestet werden, die in den folgenden Jahren in Einzelprojekte mündeten. Das Pilotprojekt wurde während des gesamten Schuljahres wissenschaftlich betreut<sup>22</sup>, so dass im Sinne von „what works“ Empfehlungen ausgesprochen werden konnten, welche Projekte, auch unter Berücksichtigung der jeweiligen Ressourcen, umsetzbar und effektiv erscheinen. Zudem wurde fünf Jahre nach

#### **Schwerpunkte zuletzt in den Bereichen Zivilcourage und Neue Medien**

Beendigung der Pilotstudie eine qualitative Nacherhebung durchgeführt, die zum Ergebnis hatte, dass von Seiten der Beteiligten soziale Kompetenzen, so z. B. Konfliktfähigkeit und Achtsamkeit, bzw. Rücksichtnahme Dritten gegenüber, erlernt werden konnten. Diese waren den Schülern sowohl im privaten Bereich, als auch bei deren Übergang in den Arbeitsmarkt hilfreich.<sup>23</sup> Die Schwerpunkte in den letzten Jahren lagen im Rhein-Neckar Raum zunehmend auf den Themen Zivilcourage, den Neuen Medien, auf interdisziplinären Tagungen und Fortbildungen sowie Schwerpunktprojekten wie der jährlich an unterschiedlichen Standorten stattfindenden Sicherheitswoche.

In den Vereinen sind alle gesellschaftlichen Kräfte vertreten. Kommunen, Bürgermeister, Kommunalpolitiker, Wissenschaft, Wirtschaft, Schule, Jugendarbeit, Beratungsstellen, Polizei und schließlich ganz normale Bürgerinnen und Bürger. Die Präventionsvereine bieten somit eine Struktur, ein gemeinsames Dach für alle, die sich in der Kriminalprävention engagieren möchten. Gerade diese Bürgerbeteiligung ist gewünscht. Eine starke Gemeinschaft mit klaren Zielen bietet gute und vielfältige Möglichkeiten für eine Mitarbeit – auch auf einzelne Projekte bezogen, oder zeitlich beschränkt.

## 6. Ausgewählte Präventionsprojekte in der Region Rhein-Neckar

Wenn es gelingen soll, Kriminalität und abweichendes Verhalten wirksam und zugleich nachhaltig zu verändern, ist es notwendig insbesondere bei der Mehrheit anzusetzen und soziale Kompetenzen zu fördern, Hilfestellungen zur Wertevermittlung zu geben, Opferwerdungen zu verhindern und das Eintreten für Schwächere zu unterstützen. Nachfolgend werden exemplarisch drei Projekte aus der Rhein-Neckar-Region vorgestellt, die diese Ziele verfolgen und im regionalen Netzwerk fest verankert sind.

### 6.1 Marionettentheater Troll Toll

Seit 1999 unterbreitet das Heidelberger Marionettentheater Troll Toll ein umfangreiches Unterstützungsangebot für Kinder im Grundschul- und Kindergartenalter. Dabei geht es immer um das soziale Miteinander. Schwerpunkte sind die Themen Geschlechterkonflikt, Gewalt, Mein und Dein, Umgang mit Fremden, Toleranz. Der Vorteil des Mediums liegt darin, dass es anders als Film und Fernsehen funktioniert. Die Kinder sind Teil der Handlung und haben den Eindruck, die Handlung mitbestimmen zu können. Aktives Mitdenken und Problemlösen, zu dem das Marionettentheater Raum lässt, ist gefragt. Zum Konzept gehören Materialien für die Vor- und Nachbereitung. Mittlerweile haben mehrere zehntausend Kinder die Aufführungen besucht.

#### Im Rahmen eines quantitativen prä-post-Vergleichs Wirksamkeit nachgewiesen

Die Stücke „Pompom und der wilde Zausel“<sup>24</sup> sowie „Einmal ist keinmal“<sup>25</sup> wurden wissenschaftlich evaluiert und belegen die Sinnhaftigkeit dieses Angebots. Im Rahmen eines quantitativen prä-post-Vergleichsdesigns konnten Wissenschaftler des Instituts für Kriminologie der Universität Tübingen die Wirksamkeit des Theaterstücks nachweisen, wobei insgesamt 381 Kinder zu allen drei Befragungszeitpunkten erreicht werden konnten. So wurde bei Schülern der 3. und 4. Klassen untersucht, ob die Kinder das Stück verstanden hatten und zudem reflektieren konnten. Fokussiert wurden hier vor allem die Bereiche Sozialkompetenz, Einhaltung von Regeln sowie Toleranz gegenüber Minderheiten. Die Themen wurden zudem von den Lehrpersonen mit den Kin-

dern reflektiert. Die Wissenschaftler konnten das Projekt als sehr nachhaltig für die Auseinandersetzung und das Verhalten in konflikthafter Situationen empfehlen und sahen darin die Möglichkeit differenzierte und reflektierte Problemlösungsstrategien weiter entwickeln zu können.

### 6.2 Neue Medien

Neue Medien (Internet, Soziale Netzwerke, Smartphone, Handy, Computerspiele ...) sind Teil der Lebenswirklichkeit junger Menschen. Sie bieten Chancen, bergen gleichzeitig aber auch Risiken. Gängige Studien im Bereich des Medienkonsums zeigen, dass es sich bei Kindern und Jugendlichen um sog. „digital natives“<sup>26</sup> handelt. Ein Beleg hierfür ist die Tatsache, dass der überwiegende Teil dieser Bevölkerungsgruppe einen Zugang zum Internet sowie einen eigenen PC besitzt und in zunehmendem Maße in sozialen Netzwerken agiert.<sup>27</sup> Ein weiterer

#### Je geringer der Bildungsstand desto geringer die Kontrolle durch Eltern

Befund dieser Studien ist jedoch, dass vor allem mit zunehmendem Alter die elterliche Kontrolle im Bereich der Mediennutzung nicht nur nachlässt, sondern, so die Ergebnisse einer weiteren repräsentativen Studie aus der Schweiz, zudem eine geringere Kommunikation und Kontrolle seitens der Eltern stattfindet, je geringer der Bildungsstand derselben ist. Kinder aus den niedrigeren Bildungsschichten verbringen verstärkt Zeit mit neuen Medien und sind durchschnittlich besser mit diesen ausgestattet.<sup>28</sup> Um Kinder und Jugendliche im Umgang mit den neuen Medien zu sensibilisieren werden seit dem Jahr 2007, in Kooperation mit der Aktion Jugendschutz, Arbeitsstelle Baden-Württemberg (AJS BW), Informationsveranstaltungen, Fortbildungen, Schulungen sowie Schülerworkshops angeboten, die diese Lücke schließen sollen. Dabei ist es wichtig, nicht nur mit Verboten zu drohen, sondern im Verbund von Medienpädagogik und Polizei den Bedürfnissen der jungen Menschen gerecht zu werden. Die Polizei ist dabei nicht auf eine klassische Rolle festgelegt, sondern bietet gemeinsam mit der Vertreterin der AJS ein lebendiges Angebot. Zunächst richtete sich der Fokus auf den Umgang mit Computerspielen. Nach und nach wurde das Angebot erweitert und beinhaltet heute auch Handygefahren, und im Wesentlichen die

Chancen und Risiken sozialer Netzwerke (Stichwort Facebook), auch über mobile Endgeräte (Smartphones). Die Schwerpunktsetzung unterliegt einem ständigen Wandel aufgrund der technischen Veränderungen.

#### 6.2.1 Zielgruppen dieser Angebote

Zielgruppen sind einerseits Kinder ab dem Alter von 10–12 Jahren, die erste Erfahrungen im Umgang mit Neuen Medien machen (Stichwort Kinderinformationsbrief, Begleitmaterial für Eltern, Einbindung der Schulsozialarbeit) andererseits Jugendliche, die über Kenntnisse verfügen und sich überwiegend in sozialen Netzwerken aufhalten sowie Eltern, Erzieher und Lehrkräfte, denen die technischen Neuerungen meist nicht geläufig sind.

Sowohl in der medienpädagogischen als auch in der kriminologischen Forschung besteht Einigkeit darüber, dass in diesem Bereich Handlungsbedarf in Form von Prävention dringend geboten ist, wobei es sich der Thematik nach noch um ein relativ junges Feld handelt und die Wirksamkeit der Projekte bislang erst rudimentär erforscht ist. Exemplarische Untersuchungen konnten aufzeigen, dass Präventionsprojekte, die auf das reale und nicht das virtuelle Leben abzielen, nicht hilfreich sind, sondern, dass hier wie etwa in der Region Rhein Neckar spezifische Angebote implementiert werden müssen.<sup>29</sup>

### 6.3 Zivilcourage

Es ist unabdingbar, fundierte Angebote mit zu entwickeln und zu begleiten, die sich an die gesamte Gesellschaft richten. Viele Menschen sind bereit zu helfen, anderen zur Seite zu stehen, oftmals fehlt es jedoch an der entsprechenden Handlungssicherheit. Gerade der Bereich Zivilcourage bietet jedem die Möglichkeit, sich aktiv in die Kriminalprävention einzubringen. Exemplarisch werden folgende Bausteine dargestellt:

„Cool. Sicher. Selbstbestimmt.“ – Handlungskompetenz in Gewaltsituationen.

Gewalt unter Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Raum und im schulischen Kontext ist nach wie vor ein aktuelles Thema. „Cool. Sicher. Selbstbestimmt.“ ist ein Handlungskompetenztraining für Schüler der Sekundarstufe I. Sie lernen, Konfliktsituationen zu erkennen, adäquat einzuschätzen, zu meiden und so die Gefahr der Opferwerdung zu verringern sowie Betroffenen adäquat beistehen zu können.

Die Einführung des Trainings wurde durch die Erziehungswissenschaftlerin Dr. Ulrike Hoge begleitet, die aufgrund eines ersten Einblickes hilfreiche Anregungen für eine Umsetzung, entsprechend den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten und Rahmenbedingungen geben konnte. Aufgrund ihrer Einschätzung ist das Programm besonders geeignet, Jugendlichen zu vermitteln, wie sie Bedrohungssituationen frühzeitig erkennen und individuelle Handlungsstrategien entwickeln können, um solche Situationen zu meiden bzw. zu beenden.<sup>30</sup>

„Schnell weg – zwischen Panik und Gewissen“ – Zivilcourage kann man lernen.<sup>31</sup>

Ein entsprechendes Konzept wurde für Erwachsene eingeführt, wobei diese im Rahmen von Trainings Handlungsfähigkeit erwerben, um Konfliktsituationen im Alltag adäquat begegnen zu können. Es geht auch hier wieder darum, den Teilnehmern ein Feingefühl für die Einschätzung von Situationen zu vermitteln, um dann entweder Hilfe leisten oder Hilfe holen zu können, ohne sich selbst in Gefahr zu begeben. Mit dem praktisch-pädagogischen Angebot für Erwachsene und ältere Jugendliche besteht seit 2011 die Möglichkeit, sich in einer vertrauensvollen

### Praktisch pädagogisches Angebot zum Thema „Zivilcourage“

Atmosphäre dem Thema „Zivilcourage“ zu nähern. Durch den sinnvollen Wechsel von theoretischer Wissensvermittlung und praktischen Arbeits- und Trainingseinheiten sowie durch direkte und ergänzende Informationen der Polizei wird auf ein lösungsorientiertes „Verhalten im Ernstfall“ hingearbeitet. Das Seminar bietet den Teilnehmern ein Handlungsrepertoire, aus dem sie künftig schöpfen können. Sie erlangen mehr Klarheit und Sicherheit im Verhalten als Beobachter, Helfer und Betroffener in Gewaltsituationen. Es vermittelt Mut und neue Impulse für lösungsorientiertes Handeln. Durchgeführt wird das Programm gemeinsam von einer Theaterpädagogin und einem Polizeibeamten.

### 7. Wirksamkeit von kommunalen Präventionsprojekten

Neben der sogenannten objektiven Kriminalitätslage ist es wichtig, die Sorgen und Nöte der Menschen ernst zu nehmen. Seit 1997 werden von den größeren Städten mit der Polizeidirektion Heidelberg, un-

ter Federführung des Kriminologischen Instituts der Universität Heidelberg, Bürgerbefragungen zur Sicherheitslage durchgeführt. Hierdurch werden wichtige Erkenntnisse zur Kriminalitätsfurcht – affektiv, kognitiv, konativ – gewonnen. Mittlerweile wurde dieser Ansatz vom Institut für Kriminologie der Universität Heidelberg zu HAKUS, dem Heidelberger Audit Konzept für urbane Sicherheit, weiter entwickelt.

HAKUS ist ein ursachenorientierter, theoretisch fundierter und empirisch untermauerter Präventionsansatz, dessen primäre Ziele die Reduzierung von Kriminalitätsfurcht, die Verbesserung der Lebensqualität und der Abbau von Incivilities sind. HAKUS ist nicht nur ein Evaluationsinstrument, sondern auch ein Konzept zur Optimierung kriminalpräventiver Maßnahmen. Dies wird durch die kriminalpräventive Zielgruppenanalyse erreicht. Durch die Differenzierung der Bevölkerung einer Kommune in soziale Milieus können Gruppierungen mit hoher Kriminalitätsfurcht und geringer Lebensqualität identifiziert werden, so dass Präventionsprojekte zielgerichtet angepasst und vermittelt werden können. Auch wird so die Entwicklung von Marketingkonzepten für die Implementation von Präventionsmaßnahmen ermöglicht. Die Verminderung der Kriminalitätsbelastung ist ein sekundäres Ziel von HAKUS. Über die Jahre hat sich die Kriminalitätsfurcht in der Region deutlich reduziert. Das zeigt sich auch in den Wiederholungsbefragungen in den Städten. Diese positive Entwicklung steht im Gegensatz zur Entwicklung in Deutschland (Stagnation) und Europa (Anstieg). In erster Linie ist dies der abgestimmten Präventionsarbeit zuzuschreiben.

### Kriminalitätsfurcht über die Jahre deutlich reduziert

Durch qualitative Zusatzuntersuchungen 2011 im Nachgang zu den Bürgerbefragungen in Heidelberg und Leimen wurden die Vermittlungsmechanismen (eigene Erfahrungen, indirekte Erfahrungen – Umfeld/Hörensagen, Medien, Vorurteile/Stereotype) zwischen Incivilities und Kriminalitätsfurcht untersucht. Hierbei zeigte sich, dass mit einer Ausnahme keine eigenen Erfahrungen bei den Interviewten zugrunde liegen. Die am häufigsten genannten Incivilities waren Jugendliche – Betrunkene – Migranten.

Seit Beginn der Präventionsarbeit im Jahr 1997 konnten unter zu Hilfenahme

von HAKUS sowohl örtlich als auch inhaltlich explizit für die jeweilige Region Projekte entwickelt und angeboten werden. In allen Regionen hat sich die Kriminalitätsfurcht messbar verringert. Sofern Handlungsbedarf in bestimmten Regionen bekannt wird, muss die Situation mit den kommunalen Entscheidungsträgern besprochen werden, um nach einer gemeinsamen Situationsanalyse ein Konzept zu entwickeln, das auf Dauer angelegt ist. So wurde in einem Heidelberger Stadtteil, in dem es ständig zu Ordnungsstörungen und Straftaten (Alkohol, Gewalt, Körperverletzungen) durch junge Menschen kam, gemeinsam mit der Stadtverwaltung und den Partnern vor Ort ein Konzept erarbeitet und realisiert, das dieser Situation Rechnung trug und zu einer dauerhaften Verbesserung der Lage führte.

### Gemeinsame Sicherheitsanalyse Grundlage für ein auf Dauer angelegtes Konzept

Geht man davon aus, dass es sich bei Angsträumen oder der Kriminalitätsfurcht um meist subjektives Empfinden handelt und mit einer akuten Gefährdung kein direkter Zusammenhang besteht, so kann man weiter folgern, dass die Aktivitäten, die der Aufklärung dienen, wie die „Sicherheitswochen“ und ebenso beispielhaft das Training zur Zivilcourage, die Einstellung und das Verhalten der Bevölkerung dem Phänomen Kriminalität sowie spezifischen Situationen gegenüber positiv beeinflussen, sofern sich dies nachhaltig auf die Lebensqualität auswirkt, was sich im konkreten Fall auf ein sichereres Empfinden und weniger Furcht im Alltag bezieht. Fazit bleibt somit; nicht nur Kriminalität ist messbar, sondern darüber hinaus die Einstellung zu abweichendem Verhalten, die Furcht davor und die Einwirkung darauf, unter anderem durch die Prävention.

### 8. Investitionen in die Zukunft

Nach mehr als 15 Jahren sehr intensiver Präventionsarbeit in der Region lässt sich feststellen, dass Prävention wirkt. Dies belegen die wiederholt durchgeführten Bürgerbefragungen im Rahmen von HAKUS. Demnach ist die Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung stark zurückgegangen. Die Bevölkerung honoriert die gemeinsamen Anstrengungen vor Ort. Hierauf lässt sich weiter aufbauen. Der Vorteil dieses Audits liegt auch darin, dass die Bevölkerung direkt angesprochen wird, Zielgruppen

durch eine Analyse für Präventionskonzepte identifiziert und somit besser erreicht werden können. Zudem ist durch die direkte Bürgerbeteiligung eine hohe Akzeptanz gegeben.

Als Fazit bleibt, dass Prävention als Angebot betrachtet werden sollte, welches mit Blick auf Kinder und Jugendliche als ergänzendes aber auch notwendiges gesellschaftliches Erziehungsangebot betrachtet werden darf. Erziehung meint hier nicht allein die Vermeidung nonkonformer Verhaltensweisen in strafrechtlicher Hinsicht, vielmehr soll Prävention dazu beitragen, die Gefahr einer Opferwerdung zu verhindern und angemessen einzuschreiten, ohne sich selbst zu

gefährden wenn andere in Gefahr sind. Die Effekte dieser Projekte sind messbar und wirken sich nachhaltig auf das gesellschaftliche Miteinander aus.

Was nun die Kommunale Kriminalprävention anbelangt, so stellt sich die Frage woraus der Mehrwert derselben besteht und wo deren Daseinsberechtigung liegt. Hier kann festgehalten werden, dass Kommunale Kriminalprävention einerseits ressortübergreifend agiert, die Aktivitäten auf Kontinuität hin angelegt sind und vor allen Dingen die Bürgerbeteiligung an der Prävention hervorzuheben ist.<sup>32</sup> Die Aufgabe der Polizei besteht hierbei nicht nur in der Bekämpfung und Verhinderung von Straftaten, vielmehr bezieht sie sich

auf die Leitlinien Polizeilicher Kriminalprävention aus dem Jahr 1998, in denen die inhaltliche Vorrangigkeit und die zeitliche Vorgängigkeit der Kriminalprävention gegenüber der Repression beachtet werden muss.<sup>33</sup> Hieraus folgt: Prävention ist unverzichtbar. Dies umso mehr, je früher und vernetzter sie ansetzt.

Endnoten können bei den Autoren angefordert werden.

**Kontakt:**

[info@praevention-rhein-neckar.de](mailto:info@praevention-rhein-neckar.de)

[www.praevention-rhein-neckar.de](http://www.praevention-rhein-neckar.de)

[mwegel@ife.uzh.ch](mailto:mwegel@ife.uzh.ch)

[www.ife.uzh.ch](http://www.ife.uzh.ch)

[www.jura.uni-tuebingen.de/einrichtungen/ifk](http://www.jura.uni-tuebingen.de/einrichtungen/ifk)